

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 60 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Niemals wird Gesinnung durch Einrichtungen erreicht; und weil der Sozialismus um Einrichtungen kämpft, bleibt er Politik; er mag Kritik üben, Mißstände beseitigen, Rechte gewinnen: niemals wird er das Erdenleben umgestalten, denn diese Kraft gebührt allein der Weltanschauung, dem Glauben, der transzendenten Idee. Walter Rathenau.

Die Gewerkschaften im Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft

II.

Zwei Gründe haben wir in dem ersten Artikel für die Gewerkschaftsmüdigkeit und -verdrossenheit unserer Tage angeführt: Das Versailler Friedensdiktat mit seinen vielseitigen Auswirkungen, die Feminismus und Unzufriedenheit großziehen, und weiter die geringe Berücksichtigung wichtiger sozialer Grundgesetze, von wo es dann bis zur Winderkennung der Gewerkschaften nur ein kleiner Schritt ist. Der dritte Grund hat mit den vorgenannten mannigfache Berührungspunkte ursächlicher und tatsächlicher Art.

Es ist das Kapitel der gesunkenen Kaufkraft des Lohnes, das die Gemüter in Bewegung hält und in vielen Köpfen Verwirrung anrichtet. Weil die Gewerkschaften in den letzten Jahren ein ständig fortschreitendes Sinken des Reallohnes nicht zu verhindern vermochten, deshalb soll, das ist wohl die schärfste gewerkschaftsverdrossene Besart, die Zwecklosigkeit der Gewerkschaften erwiesen sein. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß man der Tatsache des gesunkenen Reallohnes nur beikommen kann, wenn man von dem bevorstehenden Arge und seiner Folge, dem Versailler Vertrag, ausgeht. Der Krieg hat uns ärmer gemacht an Produkten und an Produktionsmöglichkeiten, ärmer vor allem auch an produzierenden Menschen. Der Friedensvertrag hat das Werk der Zerstörung ins Ungemeinere vergrößert. Das Loch, das hier entstanden ist, läßt sich durch keinen noch so großen Haufen Papiergeld ausfüllen. Aber wir geben zu, das Uebel wird dadurch nicht reiflos erklärt, und deshalb bleibt auch die obige Fragestellung bestehen. Nach der negativen Seite haben wir die Antwort bereits im Seitartikel der Nummer 6 gegeben. Wie lände es heute um die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft, wenn sie den Existenzkampf der letzten Jahre ohne Gewerkschaften hätte führen müssen? Kein Zweifel, die Arbeiterschaft wäre dann noch in einem ganz anderen Grade verarmt, als das heute schon der Fall ist. Aber wir wollen auch die Antwort nach der positiven Seite geben. Was tatsächlich bestehen bleibt, ist folgendes: Die alte gewerkschaftliche Methode der unmittelbaren Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverträge (Tarifvertrag), hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen an Wirksamkeit eingebüßt; jedenfalls führt sie heute für sich allein noch viel weniger zum Ziel, als das schon früher der Fall war. Damit ist aber keineswegs die Überflüssigkeit der Gewerkschaften bewiesen, sondern einzig die Schlussfolgerung kann gezogen werden, daß der gewerkschaftliche Kampf dann gleichzeitig auf anderem Gebiete geführt werden muß, wo er wirksamere Erfolge verspricht. Einflußnahme der Arbeiterschaft auf Gang und Leitung der Produktion und der Gesamtwirtschaft sind die neuen Mittel, die neben den bewährten alten angewandt werden müssen, soll künftig das gewerkschaftliche Ziel, die größtmögliche Sicherung der Existenz des Arbeiters und seiner Familie, in einer vollkommeneren Weise erreicht werden, als das gegenwärtig der Fall ist. Wozu wir uns das im einzelnen klar.

Früher haben wir den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, ohne uns um die Wirtschaftsordnung selbst, innerhalb der wir unsere Forderungen vertraten, sonderlich viel zu kümmern. Wohl haben wir dem kapitalistischen Wirtschaftssystem im Prinzip immer ablehnend gegenübergestanden. Praktisch war jedoch unsere Arbeit vorwiegend auf Tagesaufgaben, eben auf das Nächstliegende, Dringlichst erscheinende, eingestellt. Das ist keineswegs ein Fehler gewesen. Erst mußte die Arbeiterschaft aus ihrer dumpfen Verhargie aufgerüttelt und der ärgste Druck (überlange Arbeitszeiten, völlig unzureichende Löhne) von ihr genommen werden, ehe sie zu ihrem weiteren Aufstiege befähigt war. Es war auch deshalb kein Fehler, weil jeder menschliche Fortschritt, soll er von Dauer sein, in langsamer, organisch-aufsteigender Entwicklung gewonnen werden muß. Inzwischen ist die wirtschaftliche Entwicklung vorgeschritten, und auch die Arbeiterschaft ist nicht mehr die dumpfe, stumpfe Masse der 70er und 80er Jahre; sie hat Erziehungsarbeit an sich geleistet. Der Befreiungskampf der Arbeiter ist, auch im Lichte christlich-sozialer Ideen betrachtet, in ein neues und zwar sein entscheidendes Stadium getreten. Heute stehen wir diese Wirtschaftsordnung in ihren Grundlagen und in ihrer ganzen Verfassung an. Als Christen und Arbeiter können wir nicht anders. Tiefinnerst empfinden wir den Widerspruch, in dem das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner gegenwärtigen Entartung zu dem christlichen Ideal von der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen steht. Sein grundlegendes Prinzip und zugleich seine treibende Kraft ist das Streben nach Gewinn. Alles hat es diesem seinem Gewinnstreben dienstbar gemacht, Einrichtungen und Menschen, vor allem den arbeitenden Menschen. Und selbst die menschliche Bedarfsdeckung, die das natürliche Ziel jeder wirtschaftlichen Tätigkeit sein müßte, hat es zum Objekt seines Gewinnstrebens erniedrigt und sie nach manchen Seiten hin in ein Gerbild verwandelt. Hier stehen wir auf dem Urgrund all der sozialen Probleme, die uns seit einem Menschenalter beschäftigen und die den gegenwärtigen gefährlichen Augenblick des deutschen Volkes so außerordentlich belasten. In die größten Gefahren kapitalistischer Entwicklung treiben wir aber erst hinein. Wir haben schon im ersten Artikel auf die rapide fortschreitende Konzentration des deutschen Kapitalbesitzes hingewiesen. Konzentration bedeutet aber hier Monopolisierung, und diese wiederum ist begleitet von einer diktatorischen Gestaltung der Preise. Hier stoßen wir auf die, nächst dem bevorstehenden Arge und dem Versailler Expressionsvertrag, wichtigste Ursache der gegenwärtigen schlechten Lage der Arbeiterschaft, die übrigens mit einer noch größeren Kollage anderer Schichten des Volkes parallel geht. Die Ursachen sind hier wie dort die gleichen.

Unser Ziel ist deshalb, neben der Abhürdung des außenpolitischen Druckes, für die wir uns mit aller Kraft einzusetzen haben, die Umgestaltung dieser Wirtschaft im Sinne der christlichen Gemeinwirtschaft. Wir wollen die Wirtschaft wieder ihrer natürlichen Bestimmung, der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, zurückgeben, ihre mißbräuchliche Benützung zu wucherischer Ausbeutung des Gesamtvolkes ausschließen und vor allem den arbeitenden Menschen wieder in die seiner Christen- und Menschenwürde gebührende Stellung einsehen. Die Richtung, in der wir dieses Ziel zu verfolgen haben, ist bereits gewiesen. In Selbstwirtschaftskörpern, in denen die einzelnen Wirtschaftszweige unter entsprechender Beteiligung der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit zusammenschließen sind, soll die diktatorische Macht monopolistischer Wirtschaftsführung gebrochen und das Gesamtwohl sichergestellt werden. Durch die Betriebsräte soll die Arbeiterschaft allmählich in die Leitung der Betriebe hineingewachsen und dadurch Einfluß auf die Produktion selbst gewinnen. In den Bezirkswirt-

schaftsgeräten und im Reichswirtschaftsrat endlich soll sie das gesamte wirtschaftliche Geschehen überblicken und meistern lernen und von dort ihre umgestaltende Kraft auf den Gesamtwirtschaftskörper geltend machen. Das alles ist, wenn man von der ethischen Ziel-einstellung absteht, Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft; er wird nur auf einem neuen Gebiete geführt.

Die christliche Arbeiterschaft hat besondere Veranlassung, die hier sich anbahnende Entwicklung klar zu erkennen, weil sie ihr besondere Aufgaben zuweist. Heute stärker als je sind wir davon überzeugt, daß letztlich nur eine Erneuerung des Geistes, ein Umlernen im Denken der Menschen, jene durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu bewirken vermag, die wir im Interesse der Arbeiterschaft und des Gesamtvolkes anstreben. Wir müssen den Normen des christlichen Sittengesetzes auch wieder in der Wirtschaft Geltung verschaffen. Darauf kommt's an. Wer anders aber könnte der Vorkämpfer dieser Bewegung sein, als wir, die christlich-nationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung! Damit sehen wir die obengenannten Einrichtungen keineswegs in ihrer Bedeutung herab. Wir sind sogar der Auffassung, daß Einrichtungen, also Zwang, häufig erst die Voraussetzung werden müssen für die von uns als primär erkannte Veränderung der Gesinnung. Aber auch bei den Einrichtungen kommt es entscheidend darauf an, in welchem Geiste sie ihrer Aufgabe dienen. Christlich-sozialer, nicht kapitalistischer und marxistischer Geist muß hinein, soll die nun angebahnte neue Entwicklung wirklich zum Segen für Arbeiterschaft und Volksgemeinschaft werden. Hier hat unsere Bewegung wirklich eine Kulturmission zu erfüllen, und diese wiederum schließt eine Bildungsaufgabe ein, die die Arbeiterschaft an sich selbst zu leisten hat. Denn das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in der Produktion und in der Gesamtwirtschaft ist ja nicht schon dadurch da, daß es irgendwo in Paragraphen niedergelegt ist. Um wirksam zu sein, muß es in den Arbeiterkörpern lebendig werden. Das ist nicht in erster Linie eine Angelegenheit der Kritik, sondern vielmehr eine solche des Könnens. Um den Preis der neuen Einrichtungen hat die Arbeiterschaft der Nachweis zu erbringen, daß sie nicht nur willens, sondern auch fähig ist, die deutsche Wirtschaft mitbestimmend und mitverantwortlich zu leiten. Das geht die Gewerkschaften an, die für Bildungsmöglichkeiten zu sorgen haben. Das geht aber auch jedes einzelne Mitglied, geht insbesondere unsere Betriebsräte an. Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß es sich bei den genannten Einrichtungen im System unserer gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen bereits um etwas Vollkommenes handelt. Es sind Anfänge, die in wesentlichen Punkten noch des Ausbaues und der Erweiterung bedürfen. Aber entscheidend kommt es doch auf die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterschaft selbst an. Und schließlich sei daran erinnert, daß auf dem hier besprochenen Wege noch eine andere große Aufgabe der Erledigung harret: ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft an den Produktionsmitteln muß sichergestellt werden. Hier haben wir Bauarbeiter bereits tatkräftig zugegriffen, indem wir eigene wirtschaftliche Unternehmungen, eben unsere Bauproduktionsgenossenschaften, ins Leben riefen.

Wer diese Darlegungen, die ja nur flüchtigste Andeutungen sein konnten, durch- und weiterdenkt, der wird die Frage gar nicht erst stellen, ob die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit noch Zweck für die Arbeiterschaft haben. Sondern die Schlussfolgerung kann nur lauten: Niemals war die Aufgabe und die Bedeutung der Gewerkschaften größer als in der gegenwärtigen und erst recht in der kommenden Zeit. Dann steht man aber nicht untätig oder nörgelnd beiseite, sondern packt sich beherzt sein Pflänzchenbündelchen auf, und das heißt: tätige Anteilnahme an der gewerkschaftlichen Arbeit, mit einem Wort: Mitarbeit.

Abermals Neuregelung Des Steuerabzuges

(Ausfassen und aufbewahren!)

Auf Grund der riesigen Geldentwertung sind die Sätze des steuerfreien Existenzminimums wieder einmal so gut wie illusorisch geworden. Der Steueranschuß des Reichstages sah sich genötigt, dem Rechnung zu tragen und hat deshalb eine Reihe wichtiger Änderungen des Steuerabzuges beschloffen. Zunächst einmal wurde zur Abgeltung der in den letzten Monaten unverhältnismäßig gestiegenen Steuerlasten beschlossen, sechs volle Arbeitstage im Monat Februar von jeglicher Lohnsteuer zu befreien. Dazu treten ab 1. März 1923 folgende Erhöhungen der steuerfreien Sätze ein: Von dem gesamten Arbeitseinkommen werden wie bisher 10 Prozent bei jeder Lohnzahlung einbehalten. Von dieser errechneten Steuersumme sind jedoch folgende Abzüge zulässig:

1. Für den Steuerpflichtigen: 8 M, 32 M, 192 M, 500 M, je nach der Lohnzahlung in Stunden, Tagen, Wochen, Monaten;
2. für die Ehefrau die gleichen Beträge;
3. für jedes Kind unter 17 Jahren und jedes Kind zwischen 17 und 21 Jahren, sofern es kein eigenes Arbeitseinkommen bezieht, 40 M, 160 M, 560 M, 1000 M, je nach der Lohnzahlung in Stunden, Tagen, Wochen, Monaten;
4. für mittellose Angehörige, die vom Steuerpflichtigen unterhalten werden, wie 3.;
5. die Abgeltung der Abzüge für soziale, Renten- und Gewerkschaftsbeiträge, Lebensversicherungen, besonders Arbeitslosenversicherungen, Fahrgehalte usw. 40 M, 160 M, 560 M, 1000 M.

Zur Feststellung der endgültigen Steuersummen müssen somit von den errechneten 10 Prozent des Gesamtlohnes folgende Beträge abgezogen werden:

für	für je 2 Std.	pro Tag	pro Woche	für 1/2 Mon.	für 1 Mon.
den ledig. Arbeitneh. Arbeit.	48,-	193,-	1352,-	2400,-	4900,-
ohne Kinder	56,-	224,-	1544,-	2900,-	5600,-
mit 1 Kind	96,-	384,-	2604,-	4800,-	9600,-
" 2 " "	136,-	544,-	3764,-	6800,-	13600,-
" 3 " "	176,-	704,-	4924,-	9000,-	17600,-
" 4 " "	216,-	864,-	6084,-	11200,-	21600,-
" 5 " "	256,-	1024,-	7244,-	13400,-	25600,-
" 6 " "	296,-	1184,-	8404,-	15600,-	29600,-
" 7 " "	336,-	1344,-	9564,-	17800,-	33600,-
" 8 " "	376,-	1504,-	10724,-	20000,-	37600,-

Beispiele:

1. Tagessteuerberechnung für einen unterhalteten Kollegen mit 8000 M Tagesverdienst:

Lohn = 8000,- M
10% = 800,- " " " "
frei = 192,- "

ergibt zu zahlende Steuer = 608,- M
(tatsächliche Höhe der Lohnsteuer 7,6%)

2. Wochensteuerberechnung für einen unterhalteten Kollegen mit 3 Kindern bei 56 100 M Wochenverdienst:

Lohn = 56 100,- M
10% = 5 610,- " " " "
frei = 4 324,- "

ergibt zu zahlende Steuer = 1 116,- M
(tatsächliche Höhe der Lohnsteuer 2,5%)

3. Monatssteuerberechnung für einen unterhalteten Kollegen mit 2 Kindern bei 260 000 M Monatsverdienst:

Gehalt = 260 000,- M
10% = 26 000,- " " " "
frei = 13 600,- "

ergibt zu zahlende Steuer = 12 400,- M
(tatsächliche Höhe der Lohnsteuer 4,8%)

4. Steuerberechnung bei einem Lohn für fünfjährige Arbeitszeit für einen unterhalteten Kollegen mit vier Kindern und seiner mittellosen Mutter im eigenen Hause bei einem Stundenlohn von 1 300 M:

Lohn = 6 500,- M
10% = 650,- " " " "
frei = 768,- " " " "

ergibt Steuerfreiheit.

Staatshilfe gegen den Holzwucher!

(Schluß)

3. Wie ist dem Holzwucher mit Erfolg zu Leibe zu gehen?

a) Kritik der bisherigen Maßnahmen der Länder.

Die bisherigen Maßnahmen der Länder geben jedenfalls keinerlei Gewähr, daß wirklich etwas Durchgreifendes auf dem Gebiete der Holzverwirtschaftung geschieht. Alle angeführten Maßnahmen trafen zunächst einmal an dem Fehler, daß sie gar keine Bekämpfung des schamlosen Holzwuchers sind und sogar nicht einmal sein wollen. Denn heute im inneren Leben unseres Volkes irgend etwas geschehen zu lassen, ist die Pflicht der Spitze zu treiben, so ist es ein Wucher,

wie er hier getrieben wird. Kein Forstbesitzer kann sich damit herausreden, daß die Reproduktionskosten ihm zu solchen Preisen Veranlassung gäben. Die Reproduktionskosten beschränken sich hier ganz klar einmal auf die Instandhaltung und Verwaltung des Waldbestandes und dann auf die Wiederaufforstung. Der allergrößte Teil dieser Kosten geht auf Löhne und Gehältern zusammen, und die sind nicht auf das 10- oder 12-fache, sondern bestenfalls auf das 5-fache gestiegen. Diese Ausrede glaubt also den Forstbesitzern kein Mensch, damit wird die Verbitterung eher noch erhöht.

Wohl aber haben die privaten Forstbesitzer eine andere Ausrede bei der Hand, die schon mehr zehrt. Sie berufen sich nämlich auf das Vorgehen der Länder und Kommunen und halten sich für berechtigt, sich ein Meißes herauszunehmen zu dürfen, wie die berufenen Güter der öffentlichen Ordnung. Und da muß doch einmal deutlich erklärt werden, daß gerade unter diesem Gesichtspunkt der staatliche und kommunale Holzwucher zu den denkbar gefährlichsten Konsequenzen führen muß. Wucher ist und bleibt Wucher, gleichgültig, wer ihn betreibt. Wenn der Staat hier ein derartig schlechtes Beispiel gibt, so muß das auf die öffentliche Moral geradezu verheerend wirken. Deshalb muß als erste Forderung die erhoben werden: Nun aber endlich Schluß mit dem staatlichen und kommunalen Holzwucher!

Das ist das erste, das zweite aber ist dann sofort auch die gesetzliche Verdrängung des privaten Wuchers. Mit dem ersten darf man sich jedenfalls nicht begnügen. Von den Lasten, die man unter den heutigen traurigen Zuständen der ganzen Forstwirtschaft auferlegen muß, dürfen die privaten Forstbesitzer natürlich nicht befreit werden. Auch sie müssen zur verbilligten Holzlieferung herangezogen werden!

Darin liegt dann zugleich ein Ausgleich gegenüber der Belastung der landwirtschaftlichen Güter mit der Getreideumlage. Wie man diese aus Gründen des Allgemeinwohles zu erheblichen Gewinnverzichten veranlaßt, ebenso sollte man von den forstwirtschaftlichen Gütern zugunsten ebenfalls wichtiger volkswirtschaftlicher Bedürfnisse das Opfer des Verzichts auf Rudererträge am Holze fordern.

Schlüssig aber erscheint es nicht unbedenklich, zwecks Verdrängung des Bauholzes Maßnahmen im Sinne der letzten Reichstagsentscheidung zu empfehlen. Denn würde man von den privaten Forstbesitzern die Lieferung einer bestimmten Holzmenge für den Wohnungsbau (5 Prozent des Holzverbrauchs) zu einem bestimmten niedrigen Preise (das 10-fache des Friedenspreises) verlangen, so könnte das ähnliche Folgen wie die Sonderumlage zu Gunsten der Preise ausüben. Die so entstehenden Lasten würden hier wie dort auf die übrigen Holzverbraucher abgewälzt werden, und sehr bald kämen Papier-, Holzveredelungsindustrie, Gruben- und Brennholzverbraucher und beklagten sich über die auf Grund dieser Entwicklung sich vollziehende weitere Preissteigerung. — Aus diesem Grunde erscheint eine Gesamtausnahme der Bewirtschaftung des Bauholzes aus der gesamten Holzwirtschaft jedenfalls recht bedenklich.

b) Vorschlag der gemeinwirtschaftlichen Regelung der ganzen Holzwirtschaft.

Unserer Meinung nach verspricht durchschlagenden Erfolg nur eine grundlegende Änderung der ganzen Holzwirtschaft etwa in folgender Richtung: Die sämtlichen Besitzer der deutschen Forsten, d. h. Länder, Gemeinden, Stiftungen und Private werden in den einzelnen Ländern im Anschluß an die schon bestehenden provinzialen Forstbesitzerverbände zu Holzlieferungsverbänden zusammengefaßt. Diesen Verbänden obliegt die Pflicht, auf dem Wege des Umlageverfahrens das für die deutsche Wirtschaft benötigte Papier-, Gruben-, Zylinder-, Schwellen-, Bau- und Brennholz zum durchschnittlichen Goldmarkpreise des Jahres 1914 aufzubringen. Die Feststellung der benötigten Mengen geschieht durch die Reichsarbeitsgemeinschaften.

Auf diesem Wege läme das für die dringenden Zwecke der Volkswirtschaft benötigte Holz zu einem Drittel bis einem Viertel des heutigen Preises auf den Markt. — Ueber den Rest des Holzbedarfes könnten die Forstbesitzer auf dem freien Markte verfügen.

Von den ungeheuren Summen, die auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft erspart würden, macht man sich nur schwer eine Vorstellung. Der Goldmarkpreis unseres gegenwärtigen Jahres einflusses von etwa 25 Millionen Kubmeter Holz und der etwa gleichen Menge Brennholz ist mit etwa 500 Millionen Goldmark zu beziffern. Da zurzeit aber 3-fache Goldmarkpreise gefordert und gezahlt werden, wird der Gesamteinsparung statt dessen zu etwa 2 Goldmilliarden verkannt, wovon auf Grund unseres Vorschlages einer gemeinwirtschaftlichen Holzverwirtschaftung etwa 1,5 Goldmilliarden, das sind zurzeit etwa 7,5 Billionen Papiermark, zu ersparen wären.

Unser Vorschlag, der allerdings auf eine teilweise gebundene Holzwirtschaft hinausläuft — bedeutet praktisch kaum viel anderes, als die Anwendung des Getreideumlageverfahrens auf die Holzwirtschaft. Gewiß sehen Schwierigkeiten organisatorischer Art im Wege, doch sind sie ganz gewiß nicht unüberwindlich. Angesichts der immer unheilbarer werdenden Lage auf dem deutschen Holzmarkt bleibt jedoch kaum eine andere Wahl, wenn anders man die Holzverbrauchenden Industrien, ihre Arbeitnehmer und die breiten Verbraucherkreise vor der schlimmsten Katastrophe bewahren will.

c) Vorschläge zu sofortigen Maßnahmen zur Bauholzverbilligung.

Darüber besteht jedenfalls kein Zweifel, daß in der Beschaffung billigen Bauholzes seitens der Länder sofort etwas getan werden muß. Wo deshalb der Vorschlag des Holzlieferungsverbandes auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, wird man sich damit begnügen müssen, für die

Bergabe verbilligten Bauholzes einzutreten. Trotz aller oben angeführten Bedenken bleibt da nichts übrig, als auf die letzte Entscheidung des Reichstages zurückzugreifen, d. h. für die Bereitstellung von Bauholz aus dem staatlichen, kommunalen und privaten Forsten zu einem festen Preise, etwa dem Hundertsfachen des Friedenspreises einzutreten. Dieses Holz darf jedoch nur den gemeinnützig arbeitenden Bauholzbeschaffungsstellen für den staatlich bezuhaltenen Wohnungsbau zugeführt werden. Mit Hilfe eines derartigen Beschlusses wäre es möglich, die Baukosten für eine Wohnung um zirka 2-2 1/2 Millionen Mark, also um zirka 20-25 Prozent zu senken, was zur Folge hätte, daß mit den verfügbaren Mitteln eine weit größere Anzahl von Wohnungen erstellt und somit der Wohnungsnot mit größerer Entschiedenheit zu Leibe gerückt werden könnte.

Jedenfalls aber wird es unsere Aufgabe sein müssen, in nächster Zeit in Ländern und Gemeinden gegen den unwürdigen Zustand des beherrschenden Holzwuchers mit aller Macht Sturm zu laufen. Eine andere gerechtere Regelung unserer ganzen Holzwirtschaft muß baldigst Platz greifen! Das verlangt die öffentliche Moral, das fordert das Interesse der Arbeitnehmer und der breiten Schichten und das ist schließlich schlechterdings unerlässlich für den Wiederaufbau unserer deutschen Wirtschaft!

Aus dem Wirtschaftsleben des Saargebietes

Von Karl Hillenbrand,

Geschäftsführer im D. V. B., Saarbrücken.

Um den Lesern der „Baugewerkschaft“ die Entwicklung der Wirtschaftslage, insbesondere die des saarländischen Baugewerbes verständlich zu machen, müssen wir darauf hinweisen, daß der sibiische Gipfel der Rheinprovinz, soweit er industrialisiert ist, durch den Vertrag von Versailles der Regierung Deutschlands für fünfzehn Jahre anvertraut und der Verwaltung des sogenannten „Völkerbundes“ unterstellt wurde. Unter dem Namen „Regierungs-Kommission“ regieren und herrschen fünf Kommissare des Völkerbundes, bei denen Frankreich den Ton angibt. Vollpolitisch wird das Gebiet nach einer Ubergangszeit von fünf Jahren, in denen die Grenzen nach allen Seiten teilweise offen sind, Frankreich angegliedert. Mit dem 1. Februar 1923 gehört das Gebiet, das die Industrie des Saarbeckens mit 750 000 Einwohnern umfaßt, demnach wirtschaftlich zu Frankreich. Diese Regelung wird verständlich, wenn wir darauf hinweisen, daß Frankreich das hier beschriebene Gebiet bereits beim Friedensschluß annektieren wollte, jedoch sein Ziel nicht erreichte. Es für sicherte sich Frankreich alle nur erdenkliche wirtschaftliche Macht, in der Hoffnung, das Saargebiet später an sich reißen zu können.

Abgesehen davon, daß die Verwaltung vorwiegend in französischen Händen und das Land vollpolitisch zu Frankreich geschlagen wurde, erhielt Frankreich die gesamten Saargruben, als Ersatz für die in seinem Lande durch den Krieg zerstörten Bergwerke. Wohlgerichtet, die Gruben sind heute Eigentum Frankreichs und müssen später, falls das Gebiet durch die Abstimmung im Jahre 1935 zu Deutschland zurückkehrt, vom Reiche gekauft werden. Mit diesen Kohlengruben wurde der französische Staat Arbeitgeber von 70 000 Bergleuten, die mit ihren Familien ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Diese wirtschaftliche Macht genügt Frankreich aber nicht. Seine Kapitalisten stürzten sich auf die saarländische Eisenindustrie und längst ist die Mehrheit der Aktien der fünf größten Hüttenwerke, die etwa 30 000 Arbeiter beschäftigen, in französischen Händen. Die sich so verschaffte wirtschaftliche und politische Macht wird mit französischer Zähigkeit und Verchlagenheit auszuwerten versucht. Was nur möglich ist geschieht, um uns vom Reiche zu trennen und an Frankreich anzugliedern. Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen, die diesem Ziele dienen sollen, gehörte auch die Einführung des französischen Geldes und die Verdrängung der Mark. Sie begann damit, daß die Bergleute ab 1. Juli 1920 mit Franken entlohnt wurden. Im Dezember 1920 erhielten die Hüttenarbeiter den Franken, und ab 1. Mai 1921 wurde er durch die Regierungskommission bei Post und Eisenbahn eingeführt. Damit trat der Kampf um die Frage: Franken oder Mark? in ein kritisches Stadium. Mit einer Rücksichtslosigkeit die ihresgleichen sucht, setzte sich die Regierungskommission und mit ihr Frankreich, für die allgemeine Einführung des Franken ein. Die Lohn- und Gehaltsempfänger wurden damit geblödet, daß man ihnen bei Annahme des Franken, wenn auch nur vorübergehend, höhere Löhne bot, aber Zulagen in Mark verweigerte. Die Lage Deutschlands und der in den letzten Monaten eingetretene Marksturz hat den Kampf endgültig zu Gunsten des Franken entschieden. Von Woche zu Woche findet er weiter Eingang und bis spätestens 1. April dürften alle Lohnempfänger nur noch in Franken bezahlt werden. Daß die Arbeiterschaft des Saargebietes mit dem Franken nicht ins gelockte Land verführt wird, lehnen die gegenwärtigen Zustände. Die gesamte Bergarbeiterschaft steht im Streit und kämpft um Erhöhung des Frankenslohnes, ebenso stehen die Hüttenarbeiter in einer Lohnbewegung.

Schwierig und manchmal geradezu trostlos gestaltet sich bei dieser politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr die Lage für unsere Kollegen im Baugewerbe. Die Einführung des Franken war hier bisher nicht möglich und wäre, weil sie das Kleingewerbe seiner Existenz aus guten Gründen widersteht, auch nicht zu erzwingen gewesen. Eine Lohnbewegung folgte der anderen, ihre Ergebnisse aber wurden durch den Marksturz immer wieder vernichtet. Ohne das fortwährende Eingreifen der Wirtschaft aber wären die Kollegen des Baugewerbes wirtschaftlich völlig ruiniert worden. Nunmehr stehen wir vor einer neuen Lage. Ab 1. Februar wird ein Teil des Lohnes

In Franken gezahlt. Ab 15. Februar wird der Frankenanteil vom Lohne weiter erhöht und ab 1. März wird der gesamte Lohn in Franken gezahlt.

Der Lohn beträgt für die Zeit vom 1. bis 15. Februar: Für Maurer, Zimmerer usw. 1000,- M. u. 0,80 Frs. Bauhilfsarbeiter 925,- " " 0,74

Für die Zeit vom 15. bis 28. Februar sind angeboten: Für Maurer, Zimmerer usw. 1000,- M. u. 1,- Frs. Hilfsarbeiter 925,- " " 0,85

Unsere Kollegen im Reich mögen heute, wo der Franken etwa 2000 Mark wert ist, Stundenlöhne von 3000 Mark für Maurer hoch finden; für die Breite im Saargebiet bedeuten sie herzlich wenig. Nichts wäre daher falscher, als anzunehmen, daß die Frankeneinführung zu irgendeiner Verhältnisse schaffe. Was von dem Franken zu halten ist, lehnen die obenangeführten Bewegungen im Bergbau. Bei den letzten Verhandlungen haben die Bauarbeiter pro Stunde 3 Frs. gefordert. Das Angebot für die zweite Februarhälfte beträgt, die 1000 Mark in Franken umgerechnet, 1,50 Frs. pro Stunde. Das ist völlig unzureichend. Bei Eintritt besserer Witterung muß mit den Bauunternehmern des Saargebietes ein ernstes Wort gesprochen werden. Zur Zeit sind die Bauarbeiter die schlechtest entlohnten Arbeiter im Bezirk.

Aus diesen Darstellungen ergibt sich, daß die Gewerkschaftsbewegung des Saargebietes vor großen und schwierigen Aufgaben steht. Vollständig antwortend, haben wir in den letzten drei Jahren die soziale Rückständigkeit des französischen Kapitalismus hinreichend kennen gelernt, und daß im Saargebiet, besonders unter den Bauunternehmern, gemindert Elemente leben, die den alten „faaratischen Schatzmachergeist“ in die neue Zeit gerettet haben, mußten unsere Kollegen schon so oft erfahren.

Soll aber die Organisation kampffähig bleiben, dann ist eine sofortige Umstellung der Beiträge von der Mark zum Franken erforderlich. Ist es doch bei dem heutigen Stande der Mark so gut wie ausgeschlossen, daß im Saargebiet Streiks mit Mark finanziert werden können. Unschwer ist daher, daß sofort Frankeneinnahmen beschafft werden. Alles Dagegenstehende wäre unverantwortlich und heißt die Bauarbeiter dem Unternehmertum wehrlos ausliefern. (Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik könnte ohne die starken Frankenerlöse, die sich die Verbände durch Einführung des Frankenbeitrages rechtzeitig verschafft haben, unmöglich geführt werden.) Auf Grund dieser Tatsache muß der Frankenbeitrag auch bei uns eingeführt werden, der mit der achten Beitragswoche beginnen soll. Der Beitrag beträgt:

Für gelehrte Berufe über 20 Jahre 1,50 Frs. pro Woche
Junggefehlen und Hilfsarbeiter 1,25 " " "
Hilfsarbeiter von 17-20 Jahre 1,- " " "
Jugendliche von 14-17 Jahre 0,50 " " "

Es ist selbstverständlich, daß dieser Beitrag auch für alle die Kollegen Gültigkeit hat, die zwar außerhalb des Saargebietes wohnen, aber im Saargebiete arbeiten. Grundprinzip muß sein, daß alle Mitglieder, die Franken verdienen, auch Frankenbeiträge entrichten. Die Verwaltungsstelle Saarbrücken rechnet damit, daß sich alle Mitglieder willig den getroffenen Neuerungen unterwerfen. Sie sind geboren aus Verhältnissen, die wir nicht verschuldet haben. Die deutsche Bauarbeiterbewegung hat schon oft Beweise, daß sie in schwierigen Zeiten das Richtige zu treffen vermag, gegeben. Mögen auch die Kollegen des Saargebietes und der angrenzenden Bezirke, soweit sie hier beschäftigt sind, diesmal dem Rate erfahrener Männer folgen. Es wird der gemeinsamen Sache zum Vorteil gereichen.

Allgemeine Rundschau

Sechs Wochen Ruhrbesetzung

Den Reutemschlag, den Franzosen und Belgier mit der Besetzung und wirtschaftlichen Plünderung des Ruhrgebietes gegen das deutsche Wirtschaftsleben führten, hat bisher ersichtlichweise am Kohlenmarkt nicht diejenigen katastrophalen Wirkungen gezeigt, die unsere Gegner behaupten wollten. Wohl oder sind auf anderen Gebieten der Wirtschaft ernste Störungen aufgetreten. Es handelt sich in der Hauptsache um die Marktwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Waren- und Lebensmittelmärkte. Die Reichsbank hat in der letzten Woche das ihr zur Verfügung stehende Devisenmaterial und darüber hinaus noch ausländische Kredite herangezogen, um der Mark eine Stütze zu geben. Sie hat damit insofern einen Erfolg erzielt, als sie den Dollarkurs von 50.000 auf unter 20.000 gedrückt hat. Dieser Vorgang mag für die heillosen Spekulationen recht unangenehm gewesen sein, er zeigt aber, daß die Reichsbank und Regierung einer weitgehenden Einwirkung auf die Bewegung der Devisenmärkte bzw. auf den Markkurs ausüben können, wenn Deutschland durch ein Korollarium von längerer Dauer in die Lage versetzt würde, seine Selbstverhältnisse aus eigener Kraft zu ordnen. Wenn natürlich die unfer Industrie aus dem Exportgeschäft zuziehenden Devisen sofort wieder eingezogen und für Reparationszahlungen, d. h. auf deutsch für den Unterhalt der französischen Besatzungsarmee ausgegeben werden, so kann eine Stabilisierung des Markkurses niemals erreicht werden. Dieses Defizit zeigt an, daß so schon zur Verfüge, in wie hohem Maße alle Schichten des deutschen Volkes daran interessiert sind, daß nun endlich einmal in der Reparationsfrage klare Licht gemacht wird.

Das deutsche Volk hat sich niemals geschämt am Wiederkauf der zerstörten Gebiete Konsumgüter zu produzieren. Es hat im Gegenteil immer wieder die brauchbaren Vorleser in dieser Richtung gemacht. Die über reichlich von der besetzten Industrie werden. Am Rhein und an der Ruhr verfahren die Franzosen, was nichts weiter als rein imperialistische Ziele. Es kommt ihnen darauf an, der durch die Sprengung von Repara-

Am 24. Februar 1923 ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

tionstheorie hochgezüchteten französischen Schwerindustrie für alle Zeiten die Abnutzung an den deutschen Kohlenlagern und — was mindestens ebenso wichtig ist — die Ausbeutung der billigen deutschen Arbeitskraft zu sichern. Verklammerung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeitermassen ist das Ziel jener brutalen Gewaltpolitik, die eine ganze Welt mit Schrecken erfüllt. Die rohe Kraft hat aber noch nie in der Geschichte einen dauernden Sieg über das gute Recht und über den Widerstand geistig und moralisch hochstehender Völker davongetragen. Das sollte auch den Kleinmütigen unter uns das Rückgrat stärken.

Dollarsturz und Preisbewegung

Was wir bisher, so schreibt der „Deutsche“, bei jedem Sprung der Mark erleben, zeigt sich diesmal in besonders scharfer Form: der Dollar stürzt von 50.000 auf 20.000 und die Preise, die sich nicht schnell genug dem höchsten Dollarstande anpassen konnten, steigen weiter oder verharrten doch standhaft auf ihrem hohen Stande. Man fordert immer den „Wiederbeschaffungspreis“, aber man fordert ihn nur, wenn die Preise steigen, wenn sie zurückgehen, ist man überreich an dummen Entschuldigungen, den Preisstand zu behaupten. Trotz des großen Dollarsturzes haben auf dem Großhandelsmarkt die Preise nur ganz geringe Rückgänge zu verzeichnen.

Wehr als jemals ist die plumpeste Kamikalkulation eingerissen, und nach dem Vorkriegsstand und der Dollarwert werden die Preise immer höher und weiter heraufgeschraubt. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß in allen Fabrikationsverfahren gerade die Lohn- und Gehaltsquote neben vielen anderen nicht im entferntesten mit der Dollarentwicklung Schritt gehalten hat. Es ist also eine Heberverteilung der Verbraucher, wenn immer von der Abhängigkeit der Warenpreise vom Dollar geredet wird, ohne zu berücksichtigen, daß oft sehr große Teile der Kalkulationskomponenten rein inländischen Ursprungs sind und mit dem höheren Werte der Mark im Inlande zu Buche gestellt werden müssen. So lange nicht hier Wandel geschaffen werden kann, wächst die Papierflut ins Unermessliche. Immer weitere soziale Schichten werden im Elend versinken, da sie diese Preise einfach nicht mehr aufzubringen vermögen. Damit aber läßt der Handel und die Industrie den Akt ab, auf dem sie selber sitzen. Das planmäßige Vernichten immer breiterer Konjunkturabschnitte wird namentlich in dem Augenblick, wo der Verbrauch des Auslandes stochert oder zurückgeht, katastrophal für Industrie und Handel selber werden. Dann, wenn es zu spät ist, wird man sich vermutlich der geordneten und wirtschaftsfördernden Wirkung einer Handelskonturrenz entsinnen, deren Aufgabe seit mehr als vier Jahren so gut wie aufgehoben ist. Lagerbestände, Produktionsstoffe, die häufig seit Jahren aufgeschapelt liegen, werden heute ohne weiteres zu den Wiederbeschaffungskosten oder nach dem Dollar einkalkuliert. Die zwischen dem Einkaufspreis und dem Kalkulationspreis bestehende Spanne aber muß mit Papiergeld ausgefüllt werden und ist dann Schuld an der fortschreitenden Wertentwertung der deutschen Zahlungsmittel.

Wir sind die letzten, die etwa leugnen möchten, daß die ungeheure Wirtschaftsnote, in der wir uns befinden, und die von Tag zu Tag wächst, nicht von außerpolnischen Dingen abhängig wird. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß wir die von außen geschaffene Not im Innern möglichst gleichmäßig auf alle Schultern verteilen. Das ist nicht gegliedert. Es ist bisher nicht gelungen, den Geist der Wehr, der sich namentlich in den Arbeitnehmermassen zeigt, in die Kalkulationskontore von Handel, Industrie und Landwirtschaft zu verpflanzen. Wir fürchten um unsere Einheitsfront, wenn hier nicht bald Wandel geschaffen wird.

Sie bleiben immer die alten,

nämlich unsere Sozialdemokraten, in ihrem Haß gegen die christlichen Kirchen. Das sozialdemokratische Hauptorgan, der „Vorwärts“, berichstete in seiner Ausgabe vom 16. Jan. 23 triumphierend das folgende Ereignis:

„Im Bezirk des Amtsgerichts Charlottenburg konnte in den letzten Tagen des Dezember, was heute erst bekannt wird, ein Jubiläum gefeiert werden. Ein Herr, der zu Protokoll gab, daß er aus der Bundesliste ausgetreten war — eine weitere Formalität ist zu diesem Zeitpunkt nach dem Gesetz vom 10. Nov. 1920 nicht notwendig, — war der zweitälteste der im abgelaufenen Jahr aus der Kirche Ausgetretenen. Man freute natürlich dieses Jubiläum nicht, denn ein Amtsgericht ist eine ernste Behörde, die Achtung und Ehrfurcht einflößen soll; und man hatte auch die Tür zu dem Reinen und kalten Gerichtszimmer zu Ehren des Zweitältesten nicht unternommen. Aber bezeichnend genug ist diese Zahl und zwingt zum Nachdenken.

— — — Schreit man vorlautig und nimmt an, daß im abgelaufenen Jahr bei jedem der 9 Amtsgerichte nur 1000 Personen ihren Austritt erklärt haben — eine Schätzung, die aber bestimmt zu niedrig vorliegt ist —, so kommt man zu dem Resultat, daß im Jahre 1922 18.000 Deutsche aus der Bundesliste ausgetreten sind. Und das ist immerhin ein erhebliches Zeichen des Niederganges und der Einsicht in dieser Zeit.

— — — Daß das sozialistische Hauptorgan fast Purzelbäume vor Freude schlägt über die Austritte aus der Kirche, kennzeichnet so recht deutlich den ganzen Haß gegen Christentum und Kirche, wie er der Sozialdemokratie

eigen ist. Damit ist auch schon gesagt, daß ein Christ nie Sozialdemokrat sein kann.

Starker Geburtenrückgang in Deutschland

Die jüngsten statistischen Nachweise über die Geburtenverhältnisse in Deutschland entrollen, wie nicht anders anzunehmen war, ein sehr trübes Bild. Im letzten Hefte der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird berichtet, daß die Zahl der Geburten in den deutschen Großstädten im Jahre 1922 auf 17,3 auf je 1000 der Bevölkerung gesunken ist, und damit den niedrigsten Stand darstellt, der je bei der städtischen Bevölkerung Deutschlands erreicht wurde. Noch tröstlicher und bebrochlicher wird das Bild, wenn man die Entwicklung der Geburtenziffern in den einzelnen Vierteln jähren des verfloßenen Jahres betrachtet. Die Ziffer sank von 19,2 im 1. Vierteljahr auf 18,5 im 2., auf 16,4 im 3. und schließlich auf 15,4 im 4. Vierteljahr.

Die Gründe für diese betrübende Entwicklung sind einmal in der furchtbaren Denerung und der damit verbundenen Senkung des Realeinkommens der breiten deutschen Bevölkerungsschichten, dann aber vor allem in der namentlich in den Großstädten herrschenden Wohnungsnot zu suchen.

Man darf sich heute keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß der hieraus entspringende wirtschaftliche Druck alle Erwägungen sittlicher und moralischer Art einfach über den Haufen zu werfen droht. Nach diesen Zahlen scheinen in der Tat jene Wohnungspolitiker Recht zu bekommen, die da prophezeien, daß die Wohnungsnot in Deutschland erst dann beseitigt werden wird, wenn sich die Bevölkerungszahl infolge des Geburtenrückganges dem vorhandenen Wohnraum angepaßt hat.

Wenn es so weitergeht, ist der Augenblick wirklich nicht mehr so fern, wo wir Deutsche ein absterbendes Volk werden. Das tritt dann ein, wenn die Sterbeziffer größer als die Geburtenziffer wird. Im vergangenen Jahre ist das glücklicherweise noch nicht der Falle gewesen, da die Sterblichkeitsverhältnisse sich ganz überraschend gebessert haben. Das wird jedoch nur auf die im vorigen Jahre sehr günstigen klimatischen Verhältnisse zurückgeführt, bei deren Forderung jedoch wieder ein stärkeres Ansteigen der Sterbeziffer zu befürchten ist. Im letzten Jahre war daher in den deutschen Großstädten sogar noch ein kleiner Bevölkerungszuwachs von 65.451 Köpfen zu verzeichnen, was einem Satz von zirka 0,3 Prozent entspricht.

Wenn wir also den Bestand unseres Volkes in der Zukunft sichern wollen, muß alles getan werden, um die einem Bevölkerungszuwachs entgegenstehenden Hemmnisse zu beseitigen. Das bedingt einmal den ernsthaftesten Willen, das Realeinkommen, namentlich der breiten handarbeitenden Schichten, zu heben und entgegenzusetzen den Lebenshaltungskosten anzupassen, und zum anderen, mit größter Energie und, wenn es sein muß, auch unter härtesten Opfern, an die Beseitigung der Wohnungsnot heranzugehen.

Preisbewegungsbarometer

	Novbr.	Dezbr.	Januar	Febr.
1. Vorkriegszeit	1	1	1	1
2. Amtl. Lebenshaltungsindex: (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, ohne Kleidung)	400	611	1034	
Amtl. Ernährungsindex	349	808	1366	
Amtl. Lebenshaltungsindex: (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, und Kleidung)	446	685	1120	
3. Amtl. Großhandelsindex: Monatsdurchschnitt 5. Februar (Stichtag)	1151	1475	2765	3967
4. Großhandelsindex: für den Preis der „Frankf. Zeitg.“ auf d. Monats Großhandelspreis für zehn Lebensmittel	724	1670	1894	6548
Kleinhandelspreis für zehn Lebensmittel	601	999	1141	2975
5. Bodenindex für Großhandel der „Industrie- u. Handelszeitg.“				
11.-17. November	1376	—	—	—
9.-15. Dezember	—	1792	—	—
13.-19. Januar	—	—	3293	—
20.-26. Januar	—	—	—	4091
27. I. - 3. Februar	—	—	—	6974
5. 2. - 9. Februar	—	—	—	7575
6. Einkaufspreis der Reichsbank (für 10.-18. Februar):				
Gold	—	—	—	5600
Silber	—	—	—	2000

Wie bereits in unserer Nummer 7 angekündigt, bringen wir vorstehende Preisbewegungsübersicht zu künftig regelmäßig, und glauben damit eine außerordentlich Gegenüberstellung der verschiedenen brauchbaren Indizes wiederzugeben. Die Bewegungen auf dem Devisenmarkt der vergangenen Tage sind in den neuesten Indizes nicht zum Ausdruck gekommen, weil die letzten Errechnungen erst am 9. Februar 1923 abgeschlossen. Man soll sich wegen der Besetzung unserer Mark keiner allzu großen Hoffnung hingeben: die ab 1. März 1923 eintretende Verteuerung der Eisenbahnfrachten, Kohles, ferner die notwendige Anpassung der Einkommen der Arbeitnehmer an die Geldentwertung bringen es mit sich, daß ein großes Sinken der Indizes, besonders für Kleinhandelspreise, auch bei bisher gemachten Erfahrungen nicht zu erwarten ist.

